

WISO

Wirtschaftsdemokratie und sozialökologischer Fortschritt

1. Wirtschaftsdemokratie und staatlicher Überbau	46
<hr/>	
2. Die drei Ebenen der Wirtschaft	47
2.1 Wirtschaftsdemokratie auf der Makroebene	49
2.2 Wirtschaftsdemokratie und Mesoebene	51
2.3 Wirtschaftsdemokratie und Mikroebene	53
<hr/>	
3. Fazit	55

*Heinz-J.
Bontrup*

*Hochschullehrer für
Wirtschaftswissen-
schaft an der West-
fälischen Hochschule
Gelsenkirchen und
Sprecher der Arbeits-
gruppe Alternative
Wirtschaftspolitik*

Auszug aus WISO 3/2012

isw

Institut für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften
Volksgartenstraße 40
A-4020 Linz, Austria
Tel.: +43 (0)732 66 92 73, Fax: +43 (0)732 66 92 73 - 2889
E-Mail: wiso@akooe.at
Internet: www.isw-linz.at

ein demokratisches Fundament für die Wirtschaft

Wirtschaftsdemokratie will die Wirtschaft, als gesellschaftlichen Unterbau, zum demokratisch verfassten staatlichen Überbau ebenfalls auf ein demokratisches Fundament stellen, also die heute bestehende Dichotomie aufheben. Wirtschaftsdemokratie ist ein umfassender Begriff. Er umschreibt nach Fritz Vilmar alle „ökonomischen Strukturen und Verfahren, durch die an die Stelle autokratischer Entscheidungen demokratische treten, die durch Partizipation der ökonomisch Betroffenen und/oder des demokratischen Staates legitimiert sind.“ Bei allen ökonomischen Überlegungen müssen immer der Mensch und seine Umwelt im Mittelpunkt stehen. „Die Wirtschaft ist für den Menschen da, nicht umgekehrt“ (Otto Brenner). Ein sozialökologischer Fortschritt ist hierbei ein wichtiger integrativer Bestandteil einer Wirtschaftsdemokratie.

1. Wirtschaftsdemokratie und staatlicher Überbau

wichtige Rolle der Gewaltenteilung bei ökonomischen Grundsatzentscheidungen

In einer demokratisch verfassten Gesellschaft muss uneingeschränkt das Primat der Politik gelten. Nur die gewählte Politik ist bei Vorliegen eines allgemeinen und gleichen Wahlrechts, einem Mehrparteiensystem und der Auswechselbarkeit der Regierung nach dem Willen der Wählermehrheit im Volk demokratisch legitimiert. Der demokratisch konstituierte Staat muss zusätzlich einer strikten Gewaltenteilung in Legislative, Exekutive und Judikative unterliegen. In Deutschland wird die staatliche Gewalt (das „Gewaltmonopol“) zusätzlich durch ein föderales System (Bund, Länder, Kommunen) eingeschränkt bzw. auf die Gebietskörperschaften verteilt. Diese Form der Gewaltenteilung ist u.a. bei der Steuergesetzgebung überaus wichtig. Die staatliche Gewaltenteilung spielt außerdem bei einer ökonomischen Grundsatzentscheidung eine extrem herausragende und mitentscheidende Rolle: nämlich bei der Festlegung der Geldpolitik durch die staatliche Notenbank.

Der Staat hat der Wirtschaft durch Gesetze den Handlungsrahmen zu setzen und muss die Wirtschaft kontrollieren und durch Wirtschaftspolitik aussteuern. Das jeweilige „Wie“ der Politikausrichtung ist dabei abhängig von der auf Zeit mehrheitlich gewählten Politik, die wiederum durch in Parteien gebündelte Interessen in den Parlamenten zum Ausdruck kommt. Einen neutralen Staat gibt es deshalb in parlamentarischen Parteien-

Demokratien nicht. Dies ermöglicht der Wirtschaft, ständig zur Realisierung von Partialinteressen durch einen Lobbyismusapparat Einfluss auf die Politik zu nehmen. Auch die Parteien selbst müssen innerparteiliche demokratische Strukturen vorweisen. Hier darf es nicht zu oligarchen Führungszirkeln und Verselbständigungen kommen. Außerdem dürfen Parteien nicht von Spenden aus der Wirtschaft oder von Privatpersonen abhängig sein. Dies fördert einen korrupten Lobbyismus.¹ Die Parteienfinanzierung ist ausschließlich durch Mitgliederbeiträge und staatliche Fördergelder sicherzustellen. Allenfalls ergänzend könnten private Spenden in einen „neutralen Topf“ eingezahlt und nach einer Wahl die Spenden gemäß der errungenen Stimmen von den jeweiligen Parteien entnommen werden. Zu einem demokratisch (parlamentarisch) verfassten Staat gehören auch basisdemokratische Volksentscheide (Referenden) und die wahrhafte Aufklärung des Volks durch die Herstellung von Transparenz bei politischen Entscheidungsprozessen. Dies impliziert zur Schaffung eines Urteilsvermögens eine polit-ökonomische Bildung („Alphabetisierung“) des Volkes, vor allen Dingen in ökonomischen Fragestellungen.

Parteien müssen von privaten Spenden unabhängig sein

2. Die drei Ebenen der Wirtschaft

Dies sind die Mikro-, Markt- oder Meso- und die Makroebene. Zwischen den drei Ebenen besteht eine Interdependenz.

Zur Makroebene

Auf der Makroebene geht es neben grundsätzlichen Fragen bezüglich einer ökonomischen Ordnungs- und Verfassungspolitik um eine gesamtwirtschaftliche Prozesspolitik u.a. in Form einer Finanz- und Geldpolitik. Letztere entzieht sich allerdings seit der Euro-Einführung einer nationalstaatlichen Steuerungsmöglichkeit in den bisher 17 Euroländern innerhalb der 27 EU-Staaten. Die Geldpolitik der Deutschen Bundesbank war dabei aber auch zuvor in Deutschland unabhängig von der jeweils herrschenden Politik, die sich schon immer auf eine Finanzpolitik, also eine Steuer-, Staatsausgaben- und Staatsverschuldungspolitik beschränken musste. Seit dem Europäisierungsprozess ab Anfang der 1990er-Jahre nimmt aber immer mehr die EU-Kommission auch Einfluss auf die verbliebene nationalstaatliche Finanzpolitik (siehe „Europäischer Stabilitäts- und Wachstumspakt“).

die Europäisierung beeinflusst die nationale Finanzpolitik

*historischer
Paradigmen-
wechsel*

Bezüglich der grundsätzlichen nationalstaatlichen Ordnungspolitik, die übrigens in Deutschland nicht explizit verfassungsrechtlich festgelegt wurde, ist nach dem Zweiten Weltkrieg in Westdeutschland ein bemerkenswerter Paradigmenwechsel vollzogen worden. Kam es zunächst zu einer ordnungspolitischen Debatte – hin zu einem Ordoliberalismus im Duktus einer „Sozialen Marktwirtschaft“ –, so wurde nach der Wirtschaftskrise 1966/67 im Stabilitäts- und Wachstumsgesetz von 1967 ein „Bastard-Keynesianismus“ (Joan Violet Robinson) festgeschrieben.² Der Staat sollte antizyklisch mit einem deficit-spending die Konjunktur glätten und für Sozialstaatlichkeit sorgen. Seit Mitte der 1970er-Jahre verschärfte sich dann die kapitalismusimmanente Überproduktionskrise und seit der schweren Weltwirtschaftskrise von 1974/75 (ausgelöst durch die Erdölverknappung des OPEC-Kartells) kam es zu einer massiven Ausweitung der Arbeitslosigkeit. In Folge stieg die Staatsverschuldung,³ die in Deutschland noch zusätzlich seit der Wiedervereinigung 1989/90 einen Auftrieb erfuhr – auch hier nicht zuletzt wegen hoher Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland. Die weltweite Wirtschaftskrise von 1974/75 mündete in eine Stagflation (einem gleichzeitigen Auftreten von Stagnation und Inflation), die nur unzureichend mit einem keynesianischen deficit-spending bekämpft werden konnte. Dies wiederum führte zu einem rückwärtsgerichteten Paradigmenwechsel in der Wirtschaftswissenschaft, weg vom Keynesianismus und hin zum Neoliberalismus. Jetzt sollten nur noch das Marktprinzip und der Wettbewerb herrschen. Es sollte von unten nach oben umverteilt und bisher Öffentliches privatisiert werden. „Privat vor Staat“ heißt die neoliberale Losung. Die Finanzpolitik müsse die Staatsausgaben senken, um so entsprechend niedrige Steuern auf Gewinne und Vermögen als Investitionsanreize umzusetzen. Insbesondere sei der Sozialstaat als „Kostgänger“ der privaten Wirtschaft zu beschneiden und Wirtschaftspolitik auf eine Stabilisierung der Preise bzw. auf eine Aussteuerung der Geldmenge (Milton Friedman) zu beschränken. Dies sei die beste Konjunkturpolitik. Dies alles ist falsch – auch die neoliberal hochgehaltene sogenannte Neutralität (Unabhängigkeit) der Notenbank. Denn bei der Geldpolitik geht es im Rahmen einer Wirtschaftsdemokratie um eine zentrale Säule der Wirtschaftspolitik. „Unter dem Gesichtspunkt der Volkssouveränität ist es ein Unding, diesen Sektor der demokratischen Gestaltung

*Neoliberalismus
als Konjunktur-
politik scheiterte*

zu entziehen. Die verbreitete Vorstellung, die Aufsicht über Geld und Währung müsse politikfrei bleiben, ist Selbstbetrug und überdies ein Produkt vorgestriger Vorurteile gegen demokratische Wahlen und Mehrheiten. Die Entscheidungen der EZB sind hochgradig politischer Natur, erst recht unter dem verfassungsrechtlich mitgegebenen Auftrag der vorrangigen Orientierung an der Geldwertstabilität – unter Missachtung der Ziele der Beschäftigungssicherung, des Wachstums, des gesamtgesellschaftlichen und außerwirtschaftlichen Gleichgewichts.“⁴

Die neoliberale (marktradikale) Politik (Irrlehre) führte ab den 1990er-Jahren vor dem Hintergrund immer mehr deregulierter Finanzmärkte schließlich zu einem finanzmarktgetriebenen Shareholder-Kapitalismus, der dann ab 2007 die schwerste Finanz- und Weltwirtschaftskrise seit achtzig Jahren verursachte und neoliberale „Brandstifter“ immerhin wieder zu bastard-keynesianischen „Feuerwehrlenten“ machte.⁵ Mittlerweile ist auf Grund der Krise sogar das gesamte Eurosystem schwer unter Druck geraten. Deshalb wurde jetzt in der EU u.a. ein Europäischer Stabilitätsmechanismus (ESM) und ein kontraproduktiver Vertrag über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion (Europäischer Fiskalpakt) beschlossen, der selbst einen „Bastard-Keynesianismus“ nicht mehr zulässt und die EU zerstören wird.

finanzmarktgetriebener Kapitalismus führte zur schwersten Finanzkrise seit achtzig Jahren

2.1 Wirtschaftsdemokratie auf der Makroebene

Wirtschaftsdemokratie auf der makropolitischen Ebene verlangt eine ganz andere Politik. „Europa geht anders“! Dazu ist ein „Europäischer Makrodialog“ (Arne Heise) notwendig, der nicht von einem vermeintlichen Gegensatz von „Markt und Staat“ ausgeht, sondern von einer „Mixed-Economy“ auf Basis unterschiedlicher Eigentumsformen (privat, öffentlich, genossenschaftlich) und einer gesamtstaatlichen Rahmenplanung. Eine antizyklische Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) ist dazu mit einer links-keynesianischen Finanzpolitik zu verbinden,⁶ die neben einer kurzfristigen antizyklischen Konjunkturpolitik auch auf eine höhere Staatsquote⁷ durch eine entsprechende Steuer- und Abgabepolitik zur Umverteilung von oben nach unten setzt.⁸ Dann werden auch kontraproduktive nationalstaatliche und europäische „Schuldenbremsen“ überflüssig.

Abgabepolitik soll auf Umverteilung von oben nach unten setzen

*Wettbewerb
darf nicht die
entsprechende
Sozialpolitik
ersetzen*

Zur Makroebene gehört auch die Bestimmung öffentlicher Güter mit einem Nichtausschluss- und Nichttrivialisierungsprinzip im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge und -fürsorge, die nicht nach dem Wettbewerbs- und Profitprinzip ausgesteuert werden dürfen. Die soziale Frage, das gesellschaftliche Sozialstaatsprinzip, ist nicht durch Wettbewerb zu lösen. Im Gegenteil: Die an den Märkten durch Wettbewerb zustande gekommene primäre Verteilung der Wertschöpfungen auf Löhne, Zinsen, Grundrenten und Gewinne muss durch eine entsprechende Sozialpolitik (Gesundheits-, Renten- und Familienpolitik, Soziale Dienste) berichtigt werden. Zu welchen Fehlallokationen es kommt, wenn dies nicht passiert, zeigt u.a. der Gesundheitssektor, der in einem neoliberalen Wettbewerbswahn immer mehr privatisiert und dem Profitprinzip unterzogen wird, wie auch andere soziale Bereiche. Hier ist ein völliges Umdenken überfällig. Michael Dauderstädt beschreibt dies und fordert zu Recht, den „vorsorgenden Sozialstaat als Wachstumsmotor“ endlich zu erkennen.⁹

*aktive Arbeits-
marktpolitik
gekoppelt mit
staatlicher
Beschäftigungs-
politik*

Auch die Arbeitsmarktpolitik muss auf der Makroebene ausgesteuert und mit der Sozialpolitik verbunden werden. Menschliche Arbeit ist eine besondere Ware. Dies gilt auch für die Arbeitsmärkte, auf denen für die Arbeitskraftanbieter u.a. ein Arbeitszwang besteht.¹⁰ Arbeitsmarktpolitik umfasst neben einer passiven Politik in Form von Lohnersatzzahlungen bei vorliegender Arbeitslosigkeit insbesondere eine aktive Arbeitsmarktpolitik, die auf eine quantitative und qualitative Beeinflussung des Arbeitsangebots setzt. Dazu gehört auch i.w.S. die Bildungspolitik (im dualen System sowie im tertiären Bereich (Hochschulpolitik)). Ergänzt werden muss die Arbeitsmarktpolitik durch eine staatliche Beschäftigungspolitik in Form einer antizyklischen Konjunkturpolitik (Finanz- und Geldpolitik) und/oder durch eine Beschäftigung im öffentlichen Sektor.

*das fehlende
ökologische
Wirtschaftsprin-
zip ...*

Das Wettbewerbsprinzip versagt grundsätzlich ebenso bei der Internalisierung der Natur in die Ökonomie. Das marktwirtschaftlich-kapitalistische System garantiert über den Markt- und Wettbewerbsmechanismus keine ökologisch ausgerichtete Wirtschaft. „Die Unternehmungen eignen sich alles, was ihren Zwecken dient und keine Kosten verursacht, in pragmatischer Selbstverständlichkeit und systemkonformer Zwangsläufigkeit ohne Rücksicht auf die Folgen als bloßes Mittel an.“¹¹ Der größ-

te Hemmschuh sind daher die privatwirtschaftlich aufgestellten Unternehmen, die systematisch optimale Ergebnisse im Sinne eines ökologiewirtschaftlichen Dreiecks aus Versorgungssicherheit, ökologischer Nachhaltigkeit und wirtschaftlicher Effizienz verhindern, um einzelwirtschaftlich maximale Profite für wenige Shareholder zu realisieren. Deshalb muss auch hier der Staat durch eine entsprechende Umweltpolitik in die Märkte und Unternehmen intervenieren. Daher muss im Rahmen einer Wirtschaftsdemokratie u.a. im gesamten Energiebereich die Marktform eines „natürlichen Monopols“ in Verbindung mit einer Verstaatlichung der Energieversorger unter Berücksichtigung von demokratisierten internen Unternehmensstrukturen als die bessere gesellschaftliche Alternative umgesetzt werden.¹²

... muss durch staatliche Interventionen in die Umweltpolitik realisiert werden

2.2 Wirtschaftsdemokratie und Mesoebene

Auf der Mesoebene einer Wirtschaftsdemokratie ist neben der Wettbewerbspolitik auch die Tarifpolitik zu verordnen. Die in der Produktion von Gütern und Diensten in den Unternehmen entstehende Wertschöpfung muss an den Märkten realisiert werden. Hier spielen die Produktions- und Wettbewerbsverhältnisse eine entscheidende Rolle. Es wäre dabei naiv, Märkte oder das Wettbewerbsprinzip als ökonomische Steuerungsgröße abschaffen zu wollen. Genauso naiv ist es allerdings, Märkte und den Wettbewerb sich selbst zu überlassen, wie dies im neoliberalen Dogma angelegt ist. Auf die wettbewerbsimmanenten Probleme und Gefahren von Marktmacht ist deshalb – auch im Kontext eines internationalen Wettbewerbs – an dieser Stelle zu verweisen. Damit das Wettbewerbsprinzip an den Märkten nicht kontraproduktiv wird, muss es zu einer strengen staatlichen Wettbewerbs- und Regulierungspolitik kommen – nicht zuletzt an den Kapitalmärkten. So wichtig auf der Mesoebene zur Stabilisierung und Neuordnung der Finanzmärkte gerade hier eine staatliche Kontrolle ist, so sollte dennoch ihre Grenze, wie Jörg Huffschmid betonte, nicht außer Acht bleiben. Sie ist darin begründet, dass die Triebkräfte für den finanzmarktgetriebenen Kapitalismus weder in der unersättlichen Gier und Spekulationssucht der Menschen noch in der exzessiven Kreditvergabe der Banken liegen. Sie liegen vielmehr zum einen in der jahrzehntelangen Umverteilung von Einkommen und Vermögen von unten nach oben. Diese hat an der Spitze der Gesellschaft eine ständig wachsende Ansammlung von Finanzvermögen geschaffen, das nicht in den reproduktiven Kreislauf

Wettbewerbsprinzip unter staatlicher Regulierungspolitik

zurückgeschleust wird, weil es unten an Kaufkraft fehlt. Diese Ansammlung wird zum anderen zusätzlich durch die Privatisierung der Rentensysteme vorangetrieben: Rentenversicherungsbeiträge, die im solidarischen Umlagesystem direkt an Rentnerinnen und Rentner ausgezahlt wurden, wandern in der Folge der Umstellung auf kapitalgedeckte Systeme langfristig in private Pensionsfonds und damit kontraproduktiv auf die Kapitalmärkte.¹³

Ausbau öffentlicher Unternehmen im Sinne der demokratischen Wirtschaft

Zur Gegenmachtbildung gegenüber privatwirtschaftlichen Unternehmen auf der Mesoebene gehört auch im Sinne einer demokratisierten Wirtschaft der Ausbau von öffentlichen Unternehmen und eines Genossenschaftssektors sowie nicht zuletzt zur Vermeidung von Überproduktionskrisen eine staatliche Struktur- und Regionalpolitik mit einer branchenbezogenen Investitionslenkung in vergesellschafteten und demokratisch bestimmten Schlüsselindustrien.

neoliberal herbeigeführte Verhältnisse können durch Pflichtmitgliedschaften gestoppt werden

Neben der Wettbewerbspolitik ist auf der marktbezogenen Mesoebene die Tarifpolitik entscheidend. Im Rahmen der verfassungsrechtlich verankerten Tarifautonomie sind zwischen Gewerkschaften und Unternehmerverbänden Flächentarifverträge auszuhandeln, die zu einer branchenbezogenen vollen Ausschöpfung des verteilungsneutralen Spielraums führen müssen. Der Produktivitäts- und Preissteigerungszuwachs ist hier sowohl für Lohnerhöhungen als auch für Arbeitszeitverkürzungen¹⁴ zu nutzen. Letzteres gilt insbesondere beim Vorliegen von Arbeitslosigkeit. Hier muss durch kollektive Arbeitszeitverkürzungen die Produktions-Produktivitätslücke geschlossen werden. Sollten dies die Gewerkschaften nicht gegen die einseitigen Profitinteressen des Kapitals in den Tarifverhandlungen auf der Mesoebene durchsetzen können, so muss auch hier der Staat, wie bei der Forderung nach einem allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn, einschreiten bzw. intervenieren – beispielsweise durch eine Pflichtmitgliedschaft der abhängig Beschäftigten in einer Gewerkschaft und der Unternehmer in Unternehmerverbänden. Nur so kann in Anbetracht der durch das neoliberale Regime herbeigeführten Verhältnisse aufseiten der abhängig Beschäftigten die „Trittbrettfahrermentalität“ und auf der Unternehmenseite die „Verbandsflucht“ gestoppt werden. Auf der monetären Seite sollten außerdem unternehmensbezogene Gewinn- und/oder Kapitalbeteiligungen im Sinne einer expansiven Einkommenspolitik (Umverteilung von oben nach unten) als „On-

Top-Modelle“ zum Einsatz kommen.¹⁵ Hierdurch würde ein Teil des Mehrwerts von den Beschäftigten abgeschöpft. Dies führt zu einer wesentlich größeren Nivellierung der Wertschöpfungen mit Wachstums- und Beschäftigungsimpulsen und gleichzeitig zur Möglichkeit einer Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand.

2.3 Wirtschaftsdemokratie und Mikroebene

Die Mikroebene ist die unternehmensbezogene Ebene. Sie stellt sozusagen den Unterbau in der wirtschaftlichen Sphäre dar. Hier spielt das Machtverhältnis zwischen Kapital und Arbeit in den Unternehmen bei der Schaffung und Realisierung der arbeitsteilig generierten Wertschöpfung die entscheidende Rolle. Dabei ist klar, dass nur die menschliche Arbeit in Verbindung mit Naturgebrauch als neuwertschaffend gilt. Die Arbeit (Arbeitskraft) ist hier als Inbegriff der physischen und geistigen Fähigkeiten zu begreifen, die in der Leiblichkeit, der lebendigen Persönlichkeit eines Menschen existieren und die er in Bewegung setzt, sooft er Gebrauchswerte irgendeiner Art herstellt. Dabei produziert die Arbeitskraft mehr an Wert, als zu ihrem Unterhalt, zu ihrer Reproduktion, erforderlich ist. Der Wert der Arbeit (= Wert des Arbeitsproduktes) übersteigt somit den Wert der Arbeitskraft (= Arbeitslohn als jeweiliger Marktpreis der Arbeitskraft). Kapital entsteht hier aus der Differenz der beiden Arbeitswerte, das den Eigentümern der Produktionsmittel kraft Gesetz zufließt. Kapital und Boden geben als Produktionsfaktoren zwar während des Produktionsprozesses einen Wert im Rahmen ihrer jeweiligen Nutzung in Form von Abschreibungen ab, sie schaffen aber nur durch den Einsatz von lebendiger Arbeit einen entsprechenden Neuwert oder Mehrwert (Zins, Miete, Pacht und einen Gewinn). Denn Geld oder in Kapital umgewandeltes Geld „arbeiten“ nicht, sie erwirtschaften auch keine Rendite. Vielmehr stellen diese vermeintlich selbständigen Dinge nur unterschiedliche Erscheinungsformen des Mehrwerts, also menschliche Mehrarbeit, dar.

Mehrwert entsteht nur durch den Einsatz lebendiger Arbeit

Geld als unterschiedliche Erscheinungsform menschlicher Mehrarbeit

Mit der subjektiven Wertlehre innerhalb der neoklassischen Theorie wurde dagegen jedem Produktionsfaktor (Arbeit, Boden und Kapital) ein eigener Wert in Form der jeweiligen Grenzproduktivität zugeordnet. Dazu schreibt Joan Violet Robinson:

„Die unbewußte Voreingenommenheit hinter dem neoklassischen System lag hauptsächlich darin, daß es die Profite auf die gleiche

*Stufe des moralischen Ansehens hob wie die Löhne (...) Die nüchterne Haltung der Klassiker, die die Ausbeutung als Quelle des nationalen Wohlstandes anerkannten, wurde aufgegeben (...) die augenfällige Rationalität des Systems bei der Verteilung des Produkts auf die Produktionsfaktoren verschleiert dabei die willkürliche Verteilung der Faktoren auf die Menschen.*¹⁶

*Rechtfertigung
der Unter-
nehmergewinne*

Um in Anbetracht des Privateigentums an Produktionsmitteln den Unternehmergewinn theoretisch und gesellschaftlich zu rechtfertigen, wurden Unternehmerfunktionen definiert, die gleichzeitig der Zerlegung und Zuordnung des Überschussproduktes aus Arbeit dienen sollten. Für das eigene Einbringen der unternehmerischen Arbeitskraft steht hier der kalkulatorische Unternehmerlohn, für das ins Unternehmen eingebrachte Fremdkapital der Zins und für gemietete und gepachtete Gegenstände die Grundrente. Der Haftung für das eingesetzte Eigenkapital wurde eine Risikoprämie (kalkulatorische Wagnisse) gegenübergestellt und außerdem für die alternative Verwendungsmöglichkeit des Eigenkapitals als Opportunitätskosten die kalkulatorischen Eigenkapitalzinsen.

*Beschäftigte
müssen in der
demokratischen
Wirtschaft mehr
partizipieren*

Vor dem Hintergrund dieser ökonomischen Mystifikation kommt es im Ergebnis zu einer ständigen ungleichen Verteilung des Überschussproduktes zwischen Kapital und Arbeit. Ohne ein völlig verändertes Verteilungsmodell der Wertschöpfung ist dabei eine demokratisierte Wirtschaft nicht denkbar. Hier reicht es nicht, die abhängig Beschäftigten weiter auf einen gezahlten Lohn zu reduzieren und diesen womöglich noch ständig zu drücken. Dann bleiben die Beschäftigten, wie es Oswald von Nell Breuning formulierte, für immer „Habenichtse“ und die Unternehmer werden reicher und reicher.¹⁷ Die Beschäftigten müssen unter wirtschaftsdemokratischen Bedingungen viel mehr als heute an den von ihnen geschaffenen Wertschöpfungen partizipieren. Dies auch deshalb, weil selbst die neoklassische Produktionsfunktion zeigt, dass nur jeweils mit einem Produktionsfaktor, also entweder nur mit Arbeit oder nur mit Kapital, kein Produktionsoutput möglich ist. Und trotzdem gilt das kapitalzentrierte „Investitionsmonopol“ (Erich Preiser). Nur das Kapital entscheidet letztlich final, wann, wie und wo investiert wird. Diese einseitige Entscheidungsmacht gilt es durch eine gleichberechtigte Stellung und Rolle der Beschäftigten in den Unternehmen – gesellschaftsrechtlich abgesichert – zu beseitigen. Dazu gehört die Einführung einer

demokratisch-partizipativen Unternehmenskultur.¹⁸ Die Basis ist dabei eine paritätische Mitbestimmung zwischen Kapital und Arbeit zur Aufhebung des auf der Mikroebene entscheidenden „Investitionsmonopols“. Neben der Mitbestimmung, die das jeweils kollektive (funktionale) Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit aussteuert, müssen aber ebenso in den vielfältigen individuellen und gruppenbezogenen personellen Austauschprozessen verbesserte demokratische und partizipative Strukturen in Form einer Kommunikationsdialektik und einer holistischen Informationspolitik, vermittelt durch einen partizipativen Führungsstil, zum Tragen kommen. Zur Hebung von Innovationspotenzialen ist es darüber hinaus notwendig, ein mitarbeiterzentriertes Ideenmanagement und zur Personalentwicklung in den Unternehmen auf eine intensive Weiterbildung und in der Gesellschaft als Ganzes verstärkt auf allgemeine Bildung zu setzen.

Aufhebung des „Investitionsmonopols“ durch eine demokratisch-partizipative Unternehmenskultur

3. Fazit

Ohne die beschriebene grundsätzliche Umsetzung einer Wirtschaftsdemokratie ist in Zukunft kein wesentlicher sozialökologischer Fortschritt zu haben. Zu groß sind hier die interessenorientierten Widerstände des Kapitals. Dieses will weder soziale Strukturen noch eine Internalisierung der Umwelt in die Preiskalkulationen. Beides sieht das Kapital als eine Beschneidung der Profitrate und diese, koste es was es solle, soll eben maximal sein. Die demokratisch gewählte Politik muss sich entscheiden, will sie weiter einseitig neoliberal dem Kapital dienen oder will sie eine Politik für das ganze Volk betreiben. Mit der Etablierung einer Wirtschaftsdemokratie wäre Letzterem der Weg gebnet.

sozialökologischer Fortschritt als Politik für das ganze Volk

Anmerkungen

1. Vgl. Tillack, Hans-Martin, Die korrupte Republik. Über die einträgliche Kungelei von Politik, Bürokratie und Wirtschaft, Hamburg 2009; Roth, Jürgen, Der Deutschland-Clan, Das skrupellose Netzwerk aus Politikern, Top-Managern und Justiz, Frankfurt a.M. 2006.
2. Kurz nach dem Erscheinen der „General Theory“ von John Maynard Keynes im Jahr 1936 kam es bereits zu einer Reduktion bzw. zu einer Verschmelzung des Keynes'schen Ansatzes mit der marktgläubigen Neoklassik und deren allgemeiner Gleichgewichtstheorie, die auf allen Märkten, auch auf den Arbeitsmärkten, von flexiblen Preisen (Löhnen) ausgeht. So müssten eben an den Arbeitsmärkten bei einem Überschussangebot zum Abbau der Arbeitslosigkeit auch die Löhne flexibel nach unten angepasst werden. Die Verbindung aus einem deficit-spending und einer expansiven Geldpolitik mit einem flexiblen Arbeitsmarkt wird als sog. „neoklassische Synthese“ zum Keynesianismus, als „Bastard-Keynesianismus“, bezeichnet, weil es

- hier letztlich nicht im Sinne von Keynes zusätzlich auch um einen Umverteilungsk Keynesianismus (Senkung der Profit- und Sparquote) und schon gar nicht um die Langfristprognose von Keynes geht, die er in hochentwickelten kapitalistischen Ordnungen auf Grund einer zunehmenden Wachstums- und Produktivitätslücke in Arbeitszeitverkürzungen sah.
3. Vgl. Troost, Axel, Hintergrund: Staatsverschuldung in Deutschland, unveröffentlichtes Manuskript, Berlin 2012.
 4. Hensche, Detlef, Die Selbstentmündigung der Parlamente, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 8/2009, S. 36.
 5. Vgl. Bontrup, Heinz-J., Zur größten Finanz- und Wirtschaftskrise seit achtzig Jahren. Ein kritischer Rück- und Ausblick mit Alternativen, Expertise im Auftrag des DGB-Bezirk Niedersachsen-Bremen-Sachsen-Anhalt, 2. Aufl., Hannover 2011.
 6. Diesbezüglich hat gerade noch einmal das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) gezeigt, dass die Verteilung der Wertschöpfung auf Lohn und Gewinn einen entscheidenden Einfluss auf das Wirtschaftswachstum hat. Die Umverteilung zu den Gewinneinkommen hat durch die hier gegebenen höheren Sparquoten Wachstum gekostet. „Eine gleichmäßigere Entwicklung von Lohn- und Gewinneinkommen hätte zusätzlichen Konsum in Höhe von bis zu zehn Milliarden Euro im Jahr freigesetzt und das Wachstum in Deutschland so auf ein breiteres Fundament gestellt.“ (Fichtner Ferdinand, Junker Simon, Schwäbe Carsten, Die Einkommensverteilung – eine wichtige Größe für die Konjunkturprognose, in: DIW-Wochenbericht Nr. 22/2012, S. 10.
 7. Es muss Schluss gemacht werden mit der polemischen neoliberalen Diskreditierung des Staates. Vgl. dazu ausführlich: Bontrup, Heinz-J., Der diskreditierte Staat. Alternativen zur Staatsverschuldung und zu Schulden-bremsen, Bergkamen 2012, sowie derselbe, Den Staat als wirtschaftlichen Akteur ausbauen, in: spw – Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft, Heft 186, Ausgabe 5/2011, S. 32–37.
 8. Vgl. Truger, Achim, Für eine Neuausrichtung der Steuerpolitik – Aufkommenssicherung und Verteilungsgerechtigkeit als Richtschnur, in: spw – Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft, Heft 186, Ausgabe 5/2011, S. 18–24.
 9. Vgl. Dauderstädt, Michael, Der vorsorgende Sozialstaat als Wachstumsmotor, in: spw – Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft, Heft 186, Ausgabe 5/2011, S. 325–31.
 10. Vgl. Bontrup, Heinz-J., Arbeitsmärkte sind besondere Märkte, in: Bontrup, Heinz-J., Korenke, Thomas, Wienbracke, Mike (Hg.), Arbeit – Personal – Soziales, Festschrift zum 65. Geburtstag von Peter Pulte, Hamburg 2012, S. 119–132.
 11. Steiner, Helmut, Der Kurzschluss der Marktwirtschaft, Berlin 1999, S. 54.
 12. Vgl. Bontrup, Heinz-J., Marquardt, Ralf-M., Chancen und Risiken der Energiewende, in: Arbeitspapier 252 der Hans Böckler Stiftung, Düsseldorf 2012.
 13. Vgl. dazu ausführlich Huffschmid, Jörg, Politische Ökonomie der Finanzmärkte, 2. Aufl., Hamburg 2002.
 14. Vgl. Bontrup, Heinz-J., Massarrat, Mohssen, Manifest zur Überwindung der Massenarbeitslosigkeit, in: Ossietzky. Zweiwochenschrift für Politik, Kultur, Wirtschaft, Sonderdruck 2011.
 15. Vgl. Bontrup, Heinz-J., Springob, Kai, Gewinn- und Kapitalbeteiligung. Eine mikro- und makroökonomische Analyse, Wiesbaden 2002.
 16. Robinson, J. V., Doktrinen der Wirtschaftswissenschaften. Eine Auseinandersetzung mit ihren Grundgedanken und Ideologien, München 1965, S. 73–75.
 17. Vgl. von Nell Breuning, Oswald, Kapitalismus und gerechter Lohn, Freiburg 1960.
 18. Vgl. dazu ausführlich Bontrup, Heinz-J., Arbeit, Kapital und Staat. Plädoyer für eine demokratische Wirtschaft, 4. Aufl., Köln 2011.

INSTITUT FÜR SOZIAL- UND WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFTEN

WISO

WIRTSCHAFTS-UND SOZIALPOLITISCHE ZEITSCHRIFT

Die Zeitschrift WISO wird vom Institut für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften (ISW) herausgegeben. Sie dient der Veröffentlichung neuer sozial- und wirtschaftswissenschaftlicher Erkenntnisse sowie der Behandlung wichtiger gesellschaftspolitischer Fragen aus Arbeitnehmersicht.

Lohnpolitik, soziale Sicherheit, Arbeitsmarkt und Arbeitslosigkeit, Arbeit und Bildung, Frauenpolitik, Mitbestimmung, EU-Integration - das sind einige der Themen, mit denen sich WISO bereits intensiv auseinander gesetzt hat.

WISO richtet sich an BetriebsrätInnen, GewerkschafterInnen, WissenschaftlerInnen, StudentInnen, Aktive in Verbänden, Kammern, Parteien und Institutionen sowie an alle, die Interesse an Arbeitnehmerfragen haben.

Erscheinungsweise: vierteljährlich

Preise:* Jahresabonnement EUR 22,00 (Ausland EUR 28,00)
Studenten mit Inskriptionsnachweis EUR 13,00
Einzelausgabe EUR 7,00 (Ausland EUR 12,00)

(* Stand 2005 - Die aktuellen Preise finden Sie auf unserer Homepage unter www.isw-linz.at)

Wir laden Sie ein, kostenlos und ohne weitere Verpflichtungen ein WISO-Probeexemplar zu bestellen. Natürlich können Sie auch gerne das WISO-Jahresabonnement anfordern.

Informationen zum ISW und zu unseren Publikationen - inklusive Bestellmöglichkeit - finden Sie unter www.isw-linz.at.



BESTELLSCHEIN*

Bitte senden Sie mir kostenlos und ohne weitere Verpflichtungen

- 1 Probeexemplar der Zeitschrift WISO
- 1 ISW Publikationsverzeichnis

Ich bestelle _____ Exemplare des WISO-Jahresabonnements (Normalpreis)

Ich bestelle _____ Exemplare des WISO-Jahresabonnements für StudentInnen mit Inskriptionsnachweis

* Schneller und einfacher bestellen Sie über das Internet: www.isw-linz.at

Name _____

Institution/Firma _____

Straße _____

Plz/Ort _____

E-Mail _____

BESTELLADRESSE:

ISW
Volksgartenstraße 40, A-4020 Linz
Tel. ++43/732/66 92 73
Fax ++43/732/66 92 73-28 89
E-Mail: wiso@akooe.at
Internet: www.isw-linz.at